

Klassenkampf von oben

Zur Kritik des Merz-Konzeptes einer radikalen Steuerreform

von
Egbert Scheunemann

Der Spitzensteuersatz, der mal, lang ist's her, fast bei 60 Prozent lag, soll mit der nächsten, vorgezogenen Stufe der Steuerreform von derzeit 45 Prozent auf 42 Prozent sinken. Den Spitzenverdienern werden drei Prozentpunkte *geschenkt* – und den Geringstverdienern soll, falls, was zu erwarten ist, Schröders „Agenda 2010“ durchgesetzt werden wird, im Extremfall bis 40 Prozent und mehr *genommen* werden. Das wird nämlich passieren, wenn einem Langzeitarbeitslosen seine Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe gekürzt wird.

Eine solche Politik moralisch adäquat zu beurteilen, verbietet die Etikette – und der Rotstift des Redakteurs. Wirtschaftspolitisch beurteilt ist sie jedoch der helle Wahnsinn: Denen mit den geringsten Einkommen, deren Sparquote fast bei Null und deren Konsumquote deswegen fast bei 100 Prozent liegt und die also jeden Euro schnurstracks für Konsum ausgeben und ihn also vollständig in Absatz, Produktion und Beschäftigung verwandeln, wird's genommen, und jenen, die schon jetzt nicht wissen, wo sie ihr Geld realwirtschaftlich sinnvoll investieren sollen aufgrund mangelnder und weiter schrumpfender Massennachfrage, wird's gegeben – zur Finanzierung des nächsten Hypes auf den Finanzmärkten und zur Vorbereitung des nächsten Börsencrashes, bei dem mal wieder Milliarden bis Billionen vernichtet werden, ohne Nachfrage, Produktion und also Beschäftigung vermittelt zu haben. Man merke: Umverteilung von unten nach oben ist hochgradig identisch mit Geld- und Arbeitsplatzvernichtung!

In einer solchen Situation, hervorgerufen durch, man reibt sich nur noch die Augen und schüttelt nur noch den Kopf, Politiker, die sich *Sozialdemokraten* nennen, prescht die Opposition mit Vorschlägen im Wochenrhythmus vor, wie man die Umverteilung von unten nach oben noch radikalieren könnte. Zuerst erfahren wir, dass in Zukunft die Verkäuferin im Supermarkt genau so viel Krankenkassenbeitrag zahlen soll (Kopfprämie) wie ihr big Boss in der Konzernspitze, der das Fünfundzwanzigfache verdient, nein: natürlich nur bekommt. So will es das sogenannte Herzog-Papier, das von der CDU-Spitze umgehend gebilligt wurde. Da die SPD in der Wählergunst zwischenzeitlich fast dreißig Prozentpunkte hinter der CDU liegt – „verkauft und verraten von Sozialdemokraten“ sagen sich ganz offenbar immer mehr sozial orientierte Wähler –, ist zu befürchten, dass dieses Politikkonzept nach der nächsten Wahl zur Realpolitik avanciert.

Zu befürchten ist deswegen also auch, dass das durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz, vorgelegte Konzept einer radikalen Steuerreform umgesetzt wird. Denn radikal ist es in der Tat: Radikal unsozial! Der Spitzensteuersatz soll nochmals um sechs Prozentpunkte auf 36 Prozent fallen – mit allen eben genannten wirtschaftspolitisch desaströsen Folgen. Zwar soll auch der Eingangssteuersatz auf 12 Prozent sinken (gemessen am demnächst geltenden Satz sind das nur drei Prozentpunkte weniger), aber die Gegenfinanzierung dieser Steuergeschenke primär für die Reichen müssen ausschließlich die Geringverdiener tragen: Gestrichen werden sollen etwa die Steuervergünstigungen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge oder auch die Kilometerpauschale für Pendler. Wer muß sonntags oder nachts zu seinem Arbeitsplatz pendeln? Big Boss in der Regel nicht, Krankenschwestern, Schichtarbeiter, Polizisten oder Feuerwehrmänner um so mehr. Hinter dem Merz-Konzept versteckt sich also Umverteilung von unten nach oben, wie

sie eigentlich direkter, offener und also obszöner kaum sein kann!

Hört man oder liest man aber irgendwo grundsätzliche, gar scharfe Kritik an diesem Klassenkampf von oben? Protestiert die Opposition der Opposition im Bundestag? Rebellieren die Medien? Geht die offiziöse Wirtschaftswissenschaft auf die Straße und protestiert gegen den wirtschaftspolitischen Irrsinn, den sich Juristen (Schröder) über Jusristen (Herzog) über Juristen (Merz) so zusammenschustern, wenn der Tag lang und der Gedanke kurz ist? Nein. Überall freudige bis verhaltene Zustimmung. Eine ganze Gesellschaft im kollektiven sozialen Blutausch quasi. Und weil auch diese neuesten Sozialkürzungen und Steuergeschenke für die Reichen die wirtschaftliche Lage nur weiter verschlimmern und die Arbeitslosigkeit erhöhen werden, kann man sich schon vorstellen, was passieren wird, wenn im nächsten Winter die nächsten Hiobsbotschaften vom Arbeitsmarkt gemeldet werden. Werden die neoliberalen Amokläufer dann vielleicht einen Spitzensteuersatz von 20 Prozent fordern? Zwangsarbeit für alle Langzeitarbeitslosen oder Sozialhilfeempfänger für einen Euro pro Stunde – wie, im Falle der Sozialhilfeempfänger, in Hamburg etwa schon der Fall? Internierung von Obdachlosen? Abschaffung aller verbliebenen Arbeitsschutzregelungen? Streikverbot? Verhaftung linker Gewerkschafter?

Das endgültig Absurde ist ja, dass uns in einem kleinen und in einem sehr großen Industrielande seit längerer bzw. neuester Zeit vorgeführt wird, dass es wirtschaftlich äußerst erfolgreiche nachfrageorientierte, also keynesianische Alternativen zum neoliberalen Amoklauf gibt: Schweden verzeichnet seit langen Jahren fürstliche Wachstumsraten und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit aufgrund des AUSBAUS des Sozialstaates – nach dem wirtschaftlich desaströsen Flirt mit dem Neoliberalismus Mitte der 80er bis Anfang der 90er Jahre! Und welches Land verzeichnete im letzten Quartal ein Wachstum von „sagenhaften 7,2 Prozent“ (ZDF-heute-online vom 30.10.2003)? Genau, das Land, die USA nämlich, das momentan einen RüstungsKEYNESIANISMUS betreibt, wie er in der Geschichte kaum Parallelen kennt. Nun könnte ich mir vorstellen, dass man Staatsgelder nicht nur für Panzer, sondern auch für Schulen oder generell für den Mehrkonsum der unteren Einkommensschichten ausgeben kann – und dass man sie nicht, wie Bush & Co., durch ein gigantisches Haushaltsdefizit finanziert und also via Verschuldung (und nachfolgender Zinszahlung – tja, an wen wohl...), sondern durch Umverteilung von oben nach unten. Auf jeden Fall beweist sich mal wieder: Der Keynesianismus funktioniert REAL – nachdem für Denkfähige eigentlich THEORETISCH schon immer klar sein sollte, dass nur dann produziert (investiert) wird, wenn ausreichend nachgefragt wird, wenn Absatzaussichten vorhanden sind, wenn die große Masse also genug Geld in den Taschen hat und es ihr nicht via Umverteilung von unten nach oben geraubt wird.

Wir brauchen das genaue Gegenteil der neoliberalen Spar- und Umverteilungspolitik! Deutschland ist seit langen Jahren Exportweltmeister. Hier KÖNNEN die Löhne und Sozialleistungen nicht zu hoch sein – sonst KÖNNTEN Deutsche pro Kopf nicht fast doppelt so viel exportieren wie etwa die Japaner als *die* Exportnation! Trotz der geringen Wirtschaftswachstumsraten der letzten Jahre (Folge der neoliberalen Kaputtspartolitik) ist in Deutschland beispielsweise zwischen 2001 und 2002 das Bruttoinlandsprodukt immer noch *absolut* von 2073 auf 2110 Milliarden Euro gestiegen! GESTIEGEN – bei *zurückgehender* Bevölkerungszahl! Die Wahrheit ist also, dass wir MEHR konsumieren könn(t)en und nicht weniger ausgeben müssen! Wir müssen den Gürtel weiter und nicht enger schnallen!

Weil nun schon drei Juristen (Schröder, Herzog, Merz) meinten unter Beweis stellen zu müssen, dass sie von ökonomischen Zusammenhängen wenig Ahnung haben, erlaube ich mir abschließend und ungefragt, die wahren Ursachen der Massenarbeitslosigkeit kurz anzusprechen und – auf dieser Diagnose basierend – eine wirtschaftlich vernünftige Therapie für ökosozial nachhaltiges Wachstum und also für Vollbeschäfti-

gung vorzulegen:

1. Die Massenarbeitslosigkeit ist nicht Folge eines ausufernden Sozialstaats, von zu hohen Löhnen, zu hohen Sozialabgaben oder von zuviel „Staat“ (Arbeits- und Kündigungsschutz oder Umweltschutzgesetze etc.), sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Umverteilung von „unten“ (geringe Sparquote, hohe Konsumquote) nach „oben“ (hohe Sparquote, geringere Konsumquote – bei natürlich *absolut* sehr viel höherem Konsum aufgrund *absolut* sehr viel höherem Einkommen). Die da „oben“ konnten und können ihr dramatisch angestiegenes Einkommen und ihre gelegentlich schon obszönen Gewinnsteigerungen in der realen Wirtschaft nicht hinreichend gewinnbringend investieren, da aufgrund der zurückgebliebenen Masseneinkommen ausreichende Absatzmöglichkeiten fehlten und fehlen (Investitionsschwäche der letzten Jahre). Also „investierten“ und „investieren“ sie ihr Geld im Finanzsektor (Aktienkäufe etc.), um wenigstens Zinsen bzw. Dividenden für ihr Kapital zu erhalten – wo dieses Kapital dann immer wieder nach Börsenkrähen in Milliardenhöhe vernichtet wurde und wird, ohne Nachfrage, Produktion und also Beschäftigung zu vermitteln. Die Finanzierungsprobleme des Sozialstaats und die hohe Staatsverschuldung resultierten und resultieren aus jahrzehntelangen Steuerergeschenken für die Unternehmer und Unternehmen, die Spitzenverdiener und Vermögenden (wer sein Geld verschenkt, muß sich nicht wundern, dass er irgendwann pleite ist), sowie aus der selbst verschuldeten Massenarbeitslosigkeit: Hätten vier Millionen *mehr* Beschäftigte in den letzten Jahren und Jahrzehnten entsprechend *mehr* Steuern und Sozialabgaben bezahlt (anstatt als Arbeitslose Arbeitslosengeld etc. beziehen zu müssen) – es gäbe KEINERLEI Finanzierungsprobleme des Sozialstaates! DAS Problem des Sozialstaates ist, dass aufgrund der Massenarbeitslosigkeit immer *weniger* Beitragszahler für immer *mehr* Menschen (Arbeitslose, Kranke, Rentner, Sozialhilfeempfänger) aufkommen müssen. Würden sich ALLE an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligen – es gäbe, nochmals, KEINERLEI Finanzierungsprobleme des Sozialstaates!

2. Die **Strategie für Beschäftigung** lautet also *Umverteilung von „oben“ nach „unten“* und damit Stärkung von Massenkaukraft, Absatz, Produktion und Beschäftigung sowie Steuerfinanzierung ALLER Sozialausgaben – und also: Abschaffung ALLER lohnbezogenen Sozialbeiträge (zur Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung etc.) und Finanzierung ALLER Sozialeinkommen (Grundrente, medizinisch hochwertige Grundversorgung, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc.) über das allgemeine Steueraufkommen, also durch ALLE – und also auch durch Selbständige, Unternehmer, Beamte etc. als Steuerzahler. Die Befreiung der Löhne von allen Sozialabgaben würde die Nettolöhne und also die Kaufkraft dramatisch steigern und die Unternehmen von ALLEN Sozialbeiträgen entlasten – und also Arbeit sehr viel billiger und damit Beschäftigung lohnender machen. Bei einem BIP von derzeit etwa 2100 Milliarden € und einer Arbeitslosenquote von ca. 10 Prozent muß eine Stärkung der realen Massenkaukraft (mit folgender Absatz-, Produktions- und Beschäftigungsausweitung) also etwa in der Höhe von 200 Milliarden € erfolgen, um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Die vollständige Finanzierung aller Sozialeinkommen aus dem allgemeinen Steueraufkommen umfasst etwa 40 Prozent des BIP (Sozialquote). Alle nachfolgend genannten steuerpolitischen Einkommensumverteilungen sind also in der Summe in dieser Größenordnung zu dimensionieren:

Als steuerpolitische Einzelmaßnahmen bieten sich an: Steigerung des Spitzensteuersatzes auf 70 Prozent (bei Einkommen über 150.000 € pro Jahr) und Erhöhung des Eingangssteuersatzes auf 25 Prozent bei Erhöhung des steuerfreien Grundeinkommens (was bei Streichung ALLER lohnbezogenen Sozialbeiträge immer noch eine dramatische Erhöhung der Nettolöhne und also der Kaufkraft zur Folge hätte); Wiedereinführung einer Vermögenssteuer; Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Gewerbekapital (über 100.000 €) auf 70 Prozent (also auf die Höhe des Spitzensteuersatzes – auch ein Erbe ist ein Einkommen); Einführung einer Kapitalumsatzsteuer bei Finanzgeschäften (Tobin-

Steuer) in der Höhe der normalen Umsatzsteuer; Erhöhung der Umsatzsteuer; Erhöhung aller Ökosteuern; Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuer.

Nach Abschaffung der Massenarbeitslosigkeit und also ihrer Kosten und Folgekosten könnte die allgemeine Steuerquote entsprechend sinken – oder diese Ersparnisse könnten peu à peu in Richtung Alterssicherung umverteilt werden. Und die betrifft – in the long run – UNS ALLE! Wir verteilen also zu UNS um, wenn wir in Richtung Alterssicherung umverteilen. Das „Rentenproblem“ könnte so also fast beiläufig gelöst werden.

Ach ja und zuguterletzt – das leidige „Argument“ *Kapitalflucht*. Um es so zu sagen: Wer sich den dramatisch wachsenden Gewinnchancen, Folge der oben angesprochenen 200 Milliarden € zusätzlicher volkswirtschaftlicher Nachfrage, via Kapitalflucht oder Umzug nach Luxemburg entziehen und sich also als wirtschaftstheoretischer und real-kapitalistischer Idiot outen will – mir soll's recht sein. Die Manager in den USA oder sonst wo in der Welt warten nur darauf, für euch deutsche Spitzenkräfte die Sessel zu räumen! Und tschüss!